

BUNDESGERICHTSHOF

IX KB 84/71

BESCHLUSS

in der Entschädigungssache

Getnel S [REDACTED],

[REDACTED], Argentinien,

- Prozeßbevollmächtigte:

Kläger und Beschwerdeführer,

Rechtsanwältin [REDACTED],

gegen

Land Rheinland-Pfalz,

vertreten durch das Ministerium der Finanzen,

Mainz, Kaiser-Friedrich-Str. 1,

Beklagten und Beschwerdegegner

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 11. Juli 1974 durch den Vorsitzenden Richter Mai und die Richter Sorn, Henkel, Fuchs und Portmann beschlossen:

Die Beschwerde des Klägers gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des 10. Zivilsenats - Entschädigungs-senats - des Oberlandesgerichts Koblenz vom 8. Juli 1970 wird zurückgewiesen.

Das Beschwerdeverfahren ist gebühren- und anlagenfrei; die außergerichtlichen Kosten trägt der Kläger.

G r ü n d e

Ein Zulassungsgrund des § 219 Abs. 2 ZPO liegt nicht vor.

Der Kläger, der in Ostpolen verfolgt worden und 1946 nach Argentinien ausgewandert war, beantragte am 2. September 1964 Entschädigung für Schaden an Körper oder Gesundheit und an Freiheit. Gleichzeitig bat er um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Verletzung der Frist des § 189 Abs. 1 Satz 2 ZPO mit der Begründung, er habe in einem kleinen Ort der Provinz Chaco gelebt, deshalb erst jetzt, als er nach Buenos Aires gekommen sei, erfahren, daß es überhaupt eine Wiedergutmachung gebe. Wie schon die Behörde hat das Berufungsgericht Wiedereinsetzung verweigert.



- 3 -

Der Tatrichter hat das Vorbringen des Klägers bis zur
Schlußverhandlung geduldet. Er hat allenfalls für möglich
angesehen, aber nicht für glaubhaft erachtet, daß der Klä-
ger erst im Jahre 1944 von der Wiedergutmachung und der
Durchsetzbarkeit seiner Ansprüche Kenntnis erlangt habe;
denn aus seinen Angaben in anderen Zusammenhang gehe hervor,
daß er sich nicht ununterbrochen im Inneren Argentiniens,
sondern seit 1946 mehrmals in Buenos Aires aufgehalten habe,
wo zahlreiche Verwandte des Klägers lebten, die alle Ent-
schädigungsanträge gestellt hätten.

Diese tatsächlichen Erwägungen tragen die Entscheidung des
Berufungsgerichts. Sie werfen keine grundsätzliche Rechts-
frage auf und weichen auch nicht von der Rechtsprechung des
Bundesgerichtshofs ab.

Mai

Fuchs

